

WENDELIN MAYER

Sprache und Recht  
bei der Europäischen  
Aktiengesellschaft

*Max-Planck-Institut  
für ausländisches und internationales  
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen  
und internationalen Privatrecht*

402

---

**Mohr Siebeck**

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

402

Herausgegeben vom  
Max-Planck-Institut für ausländisches  
und internationales Privatrecht

Direktoren:  
Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann





Wendelin Mayer

Sprache und Recht bei der  
Europäischen Aktiengesellschaft

Mohr Siebeck

*Wendelin Mayer*, geboren 1986; Studium der Rechtswissenschaften in Freiburg; Referendariat in Freiburg, München und Tokyo; Masterstudiengang (LL.M.) in Comparative, European and International Laws am Europäischen Hochschulinstitut (European University Institute, EUI) in Florenz, Italien; 2017 Promotion (Freiburg); seit 2016 Rechtsanwalt in München.  
orcid.org/0000-0003-0472-8886

ISBN 978-3-16-155794-1 / eISBN 978-3-16-155795-8  
DOI 10.1628/978-3-16-155795-8

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441  
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen. [www.mohrsiebeck.com](http://www.mohrsiebeck.com)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die dem Buch zugrundeliegende Dissertation wurde im Sommersemester 2017 von der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg als Doktorarbeit angenommen. Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Hanno Merkt, LL.M. (Univ. of Chicago), schulde ich herzlichen und aufrichtigen Dank für die Offenheit gegenüber dem Thema, für die große Freiheit bei der Abfassung der Arbeit und für die rasche Korrektur der Doktorarbeit. Herrn Prof. Dr. Jan Lieder, LL.M. (Harvard), möchte ich an dieser Stelle für die Erstellung des Zweitgutachtens danken. Den Herausgebern der Reihe danke ich für die Aufnahme in die Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht, für die Durchsicht auf Seiten des Max-Planck-Instituts den Mitarbeitern der dortigen Abteilung Redaktionen, für die Durchsicht auf Seiten des Mohr-Siebeck-Verlags Frau Jana Trispel. Für die Druckfassung wurden Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis August 2017 berücksichtigt.

Teilweise verdankt sich diese Arbeit einem Aufenthalt 2014/2015 für einen Masterstudiengang am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. In dieser Zeit habe ich viele Inspirationen erhalten und viel Wertvolles gelernt. Aus dieser Zeit bin ich meinem Betreuer, Prof. Stefan Grundmann, sowie vielen weiteren zu Dank verpflichtet. Unter diesen möchte ich Agnieszka Smolenska sowie Filipe Brito Bastos nennen, die mich unter anderem mit zahlreichen Hinweisen zur polnischen beziehungsweise portugiesischen Sprache unterstützt haben.

Danken möchte ich auch meinen Freunden in Deutschland. Leonid Aleiner hat mich auf das Europäische Hochschulinstitut in Florenz aufmerksam gemacht und mir in zahlreichen Gesprächen Hinweise und Ratschläge gegeben. Mit Joachim Glöckler habe ich über viele Einzelfragen diskutiert und mich über Literatur ausgetauscht. Gustav Ollinger hat ebenso wie sie Teile meiner Arbeit sorgfältig Korrektur gelesen; auch hierfür schulde ich Dank. Alle verbleibenden Fehler habe ich allein zu verantworten.

Ein Anliegen ist es mir auch, die vielen Bibliotheken, in denen diese Arbeit entstanden ist, in Dankbarkeit zu erwähnen. Neben der Universitätsbibliothek in Freiburg und der in Augsburg sowie der Bibliothek des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz waren dies die Historical Archives of the European Union in der Villa Salviati in Florenz, die Bibliothek der Università degli Studi Firenze, die Bibliothek der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die

Bayerische Staatsbibliothek sowie viele weitere. Von der Generaldirektion Justice and Consumers der Kommission, Unit A3 – Company Law hat mich Frau Dorota Łyszkowska-Becher dankenswerterweise bei Rückfragen zur Entstehungsgeschichte des europäischen Rechts unterstützt.

Einen Teil der Arbeit, insbesondere zum ausländischen Recht, konnte ich als Gastleser in der Bibliothek des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg erstellen. Auch hierfür schulde ich allen Beteiligten, stellvertretend Frau Halsen-Raffel, Dank, ebenso wie dem Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen, hier stellvertretend Frau Golombek, das mir die Aktualisierung der Literatur für die Erstellung der Druckfassung erleichtert hat.

In besonderer Weise danken möchte ich meiner Familie, meinen Schwestern Anima und Felicitas, die mich bei der Arbeit unterstützt haben und mir zahlreiche Anregungen und Hinweise, sei es in den Bereichen Spanisch, Portugiesisch, Philosophie oder allgemein, gegeben haben, sowie meiner Freundin Carolin, die ebenfalls meine Arbeit geduldig unterstützt und mitgetragen hat.

In erster Linie aber gilt mein Dank meinen Eltern, die mich im Jurastudium und bei allen meinen Lebensentscheidungen immer uneingeschränkt unterstützt haben und ohne die diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Ihnen möchte ich dieses Buch widmen.

München, Juni 2018

*Wendelin Mayer*

# Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
<b>Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<i>A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit .....</i>	<i>1</i>
<i>B. Geschichte der SE.....</i>	<i>6</i>
<i>C. Europäische Mehrsprachigkeit .....</i>	<i>12</i>
<i>D. Sprachlich komplexes Problem bei der SE.....</i>	<i>19</i>
<b>1. Kapitel: Methodik.....</b>	<b>21</b>
<i>A. Definitionen und Fragestellung .....</i>	<i>21</i>
<i>B. Präzisierung der Problemstellung.....</i>	<i>41</i>
<i>C. Methodik Teil I: europäische Auslegungsmethoden .....</i>	<i>57</i>
<i>D. Methodik Teil II: die Verweisungstechnik der SE-VO und das IPR.....</i>	<i>79</i>
<i>E. Gang der Untersuchung.....</i>	<i>104</i>
<b>2. Kapitel: Rechtspersönlichkeit .....</b>	<b>107</b>
<i>A. Einleitung: Einigung mit Worten statt auf Konzepte? .....</i>	<i>107</i>
<i>B. Autonome Auslegung .....</i>	<i>110</i>
<i>C. Auslegungen in der Literatur .....</i>	<i>198</i>
<i>D. Zwischenergebnis zur Sprachverwirrung.....</i>	<i>204</i>
<b>3. Kapitel: Hauptverwaltung .....</b>	<b>206</b>
<i>A. Einleitung: Bedeutung der Sitzverlegung für die         Rechtsform SE .....</i>	<i>206</i>
<i>B. Hintergrund: Sitz- und Gründungstheorie(n) .....</i>	<i>208</i>
<i>C. „Hauptverwaltung“ in der SE-VO.....</i>	<i>219</i>
<i>D. Autonome Auslegung von „Hauptverwaltung“ .....</i>	<i>223</i>

<i>E. Untersuchung von Auslegungen in der Literatur</i> .....	294
<i>F. Zwischenergebnis für „Hauptverwaltung“</i> .....	302
<b>4. Kapitel: Aktie</b> .....	305
<i>A. Einleitung: „Aktie“ als Konzept einer Verweisungsnorm</i> .....	305
<i>B. Autonome Auslegung</i> .....	307
<i>C. Auslegungen in der Literatur</i> .....	354
<i>D. Fazit Sprachverwirrung</i> .....	357
<b>5. Kapitel: Fazit</b> .....	358
<i>A. Sprachverwirrung</i> .....	358
<i>B. Kohärente Rechtssprache</i> .....	361
<i>C. Wörterbuch</i> .....	364
<i>D. Ausblick zum Verhältnis von Sprache und Recht:</i> <i>Ist Sprache ohne Recht sinnvoll?</i> .....	368
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Terminus „Hauptverwaltung“ .....	372
Literaturverzeichnis.....	379
Sachregister.....	427

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einleitung.....	1
<i>A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit .....</i>	1
<i>B. Geschichte der SE.....</i>	6
<i>C. Europäische Mehrsprachigkeit .....</i>	12
<i>D. Sprachlich komplexes Problem bei der SE.....</i>	19
1. Kapitel: Methodik.....	21
<i>A. Definitionen und Fragestellung .....</i>	21
I. Begriff, Terminus und Konzept.....	21
II. Rechtssprache .....	26
III. Rechtsordnung .....	27
IV. Auslegung .....	32
V. Übersetzung .....	36
VI. Fragestellung.....	41
<i>B. Präzisierung der Problemstellung.....</i>	41
I. Grundthese: „Sprachverwirrung“.....	41
1. Sprachverwirrung: Erscheinungsformen und Beispiele .....	43
a) Sprachverwirrung innerhalb einer Rechtsordnung .....	43
b) Sprachverwirrung bei mehreren beteiligten Rechtsordnungen .....	44
c) Ausweichversuche: neue Termini für neue Konzepte .....	45
2. Sprache als Vorverständnis .....	48
a) Vorverständnis als hermeneutisches Konzept .....	49
b) Vorverständnis in der Rechtswissenschaft .....	49
c) Lösungsansatz: Offenlegen des Vorverständnisses .....	52
II. Lösungsansatz: eine kohärente europäische Rechtssprache?.....	53
III. Lösungsansatz: Wörterbuch?.....	54

IV. Lösung durch Rechtssetzung? Zum Verhältnis von Sprache und Recht.....	56
V. Zusammenfassung und Lösungsansätze.....	57
C. Methodik Teil I: europäische Auslegungsmethoden .....	57
I. Kanon der einzelnen Auslegungsmethoden .....	58
1. Ausgangspunkt: Methoden nach <i>von Savigny</i> .....	59
2. Rechtsvergleichung als probates Auslegungsmittel? .....	59
3. Standpunkt dieser Untersuchung: Anwendbarkeit unter zwei Prämissen.....	61
II. Rangordnung der Auslegungsmethoden .....	62
1. Insbesondere: Die Einordnung der rechtsvergleichenden Auslegung.....	64
2. Standpunkt dieser Untersuchung: Einordnung als Auslegung nach dem Wortlaut.....	64
III. Wortlaut (mit Rechtsvergleich) .....	67
1. Ausgangspunkt: Methoden des EuGH bei der Rechtsvergleichung .....	67
2. Terminologische Methode.....	68
3. Geographische und zeitliche Eingrenzung.....	70
a) Beschränkung auf EU-Mitgliedstaaten .....	71
b) Insbesondere: unter Berücksichtigung von England und Wales trotz des sog. „Brexit“.....	72
c) Präzisierung des Prüfungsumfangs in zeitlicher Hinsicht.....	73
4. Sprache und Zitierweise.....	74
IV. Systematik.....	75
V. Entstehungsgeschichte.....	77
VI. Zweck der Norm .....	79
D. Methodik Teil II: die Verweisungstechnik der SE-VO und das IPR .....	79
I. Die SE und das IPR der Mitgliedstaaten.....	80
II. Anleihen bei der Methodik des europäischen IPR .....	82
III. Autonome Auslegung von Kollisionsnormen .....	86
1. Gründe für die autonome Auslegung.....	86
2. Autonome Auslegung bereits h.M. im europäischen IPR und IZVR .....	87
3. Verdeutlichung am Beispiel von aktuellen Fragen im IPR .....	89
4. Ergebnis.....	93
IV. Konzepte in Verweisungsnormen der SE-VO: universale Rechtskonzepte .....	94
1. Umfang der europäischen Konzepte: universale Rechtskonzepte .....	94
2. Beispiele für das Denkmuster des universalen Rechtskonzepts .....	96

3. Abgrenzung zu konkret-allgemeinen Begriffen.....	101
V. Einfluss der Verweisung auf die Sprachverwirrung.....	102
VI. Ergebnis.....	103
E. <i>Gang der Untersuchung</i> .....	104
I. Zur Auswahl der Termini.....	104
II. Doppelte Rolle der Rechtsvergleichung.....	105
III. Zu erwartende Ergebnisse.....	106
2. Kapitel: Rechtspersönlichkeit.....	107
A. <i>Einleitung: Einigung mit Worten statt auf Konzepte?</i> .....	107
B. <i>Autonome Auslegung</i> .....	110
I. Wortlautauslegung.....	110
1. Deutschland.....	110
a) Rechtsgeschichte: der Theorienstreit.....	111
b) Verwendung von „Rechtspersönlichkeit“ im Gesetz.....	116
c) Rechtsfähigkeit und Abgrenzung gegenüber Außenpersonengesellschaften.....	118
aa) Zweiteilung der Rechtsträger (natürliche und juristische Personen).....	120
bb) Dreiteilung der Rechtsträger (h.M.).....	123
cc) Teilrechtsfähigkeit.....	125
d) Handlungsfähigkeit.....	128
e) Vorgesellschaft.....	130
f) Zwischenergebnis zum deutschen Recht.....	132
2. Italien.....	132
a) Terminus für „Rechtspersönlichkeit“ und Verwendung...	133
b) Wer hat <i>personalità giuridica</i> ?.....	135
c) Vorgesellschaft.....	140
d) Zwischenergebnis zum italienischen Recht.....	141
3. England.....	141
a) „Rechtspersönlichkeit“ in SE-VO und im englischen Recht.....	142
b) <i>Ultra vires</i> -Lehre.....	147
c) Vorgesellschaft.....	149
d) Zwischenergebnis zum englischen Recht.....	150
4. Frankreich.....	150
a) Terminus für „Rechtspersönlichkeit“ und Verwendung im nationalen Recht.....	151
b) Dogmatik und Rechtsgeschichte.....	154
c) Weitere Eigenschaften von <i>personnalité morale</i> .....	157
d) Vorgesellschaft.....	159
e) Zwischenergebnis zum französischen Recht.....	161

5. Rechtsvergleichung.....	161
a) Unterschiede.....	161
b) Gemeinsamkeiten: vom Theorienstreit zur Rechtsfähigkeit als Mindestinhalt .....	162
c) Erklärungsversuche für landesspezifische Besonderheiten: Haftung, Vorgesellschaft.....	163
d) Handlungsfähigkeit der juristischen Person .....	166
e) Ergebnis .....	168
II. Historische Auslegung – Vorentwürfe der SE-VO .....	168
1. Sanders-VOV (1966) .....	168
2. Spätere Entwürfe .....	170
3. Ergebnis.....	171
III. Systematik.....	171
1. Systematik: Art. 1 Abs. 2 S. 2 SE-VO.....	171
2. Systematik: Art. 10 SE-VO .....	171
3. Systematik: Primärrecht (Art. 47 EUV) .....	176
4. Systematik: Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen (Entwurf 1968) .....	178
5. Systematik: andere Gesellschaftsformen .....	180
a) EWIV-VO .....	181
b) Sonstige Entwürfe 1992 sowie die SCE-VO 2003 .....	184
6. Systematik: Vor-SE und Vorgesellschaft im europäischen Gesellschaftsrecht .....	187
7. Systematik: Art. 16 Abs. 2 SE-VO.....	190
8. Fazit systematische Auslegung .....	191
IV. Telos .....	192
1. Auslegung im Sinne einer funktionierenden Rechtsform.....	192
2. Grundinhalt.....	193
3. Denkbare Einschränkungen der Rechtsfähigkeit .....	194
4. Deliktsfähigkeit und die Strafbarkeit von Verbänden.....	195
5. Fazit teleologische Auslegung .....	197
V. Fazit autonome Auslegung .....	197
C. Auslegungen in der Literatur .....	198
I. Prägung der h.M. durch die Kommentierung von <i>Schwarz</i> .....	198
II. Die h.M.: Rechtsfähigkeit als Mindeststandard – ein Missverständnis.....	198
III. Weitere Präzisierungen der h.M. ....	202
IV. Aufsatz- und sonstige Literatur .....	203
D. Zwischenergebnis zur Sprachverwirrung .....	204

3. Kapitel: Hauptverwaltung .....	206
A. Einleitung: Bedeutung der Sitzverlegung für die Rechtsform der SE .....	206
B. Hintergrund: Sitz- und Gründungstheorie(n) .....	208
I. Terminologische Vorfrage: Gibt es „die eine“ Sitztheorie? .....	208
II. Darstellung nach kollisionsrechtlichen und sonstigen Gesichtspunkten getrennt .....	210
III. Sitztheorien: Kollisionsrecht .....	210
IV. Gründungstheorien: Kollisionsrecht .....	213
V. Materiell-rechtliche Folgen der Sitz- und Gründungstheorien .....	215
VI. Rechtsprechung des EuGH: Stellungnahme zur Sitztheorie? .....	216
C. „Hauptverwaltung“ in der SE-VO .....	219
I. Sitz und Hauptverwaltung bei der SE-VO .....	219
II. Fehlen einer Definition .....	221
D. Autonome Auslegung von „Hauptverwaltung“ .....	223
I. Wortlaut .....	223
1. Deutschland .....	224
a) Die deutsche Sitztheorie: Anwendungsbereich .....	225
b) Staatsangehörigkeit und Sitzverlegung .....	227
c) „Hauptverwaltung“ .....	229
d) Vermutung zu Gunsten des Satzungssitzes .....	233
e) Zusammenfassung zum deutschen Recht .....	234
2. Italien .....	234
a) Gesetzgebungsgeschichte (des italienischen IPR): Lage bis 1995 .....	234
b) Reformvorschläge .....	235
c) Heutige Regelung (seit 1995) .....	236
d) Bestimmung von „sede“ .....	238
e) „Nazionalità“ von Gesellschaften .....	240
f) Zusammenfassung zum italienischen Recht .....	240
3. England .....	240
a) <i>Domicile</i> .....	241
b) <i>Residence</i> im <i>case law</i> .....	242
c) <i>Residence</i> in Gesetzen .....	244
d) Zusammenfassung zum englischen Recht .....	245
4. Frankreich .....	245
a) Verwendung im Gesetz .....	245
b) Verwandte Konzepte .....	248
c) Bestimmung des <i>siège social</i> .....	251
d) Bedeutung des Satzungssitzes .....	252
e) Zusammenfassung zum französischen Recht .....	253
5. Rechtsvergleich .....	254

a) Zu vernachlässigende Aspekte.....	254
b) Diffuse Kriterien .....	255
c) Maßgeblichkeit verschiedener Ebenen.....	255
d) Vermutungsgesetze.....	255
e) Erklärungsansatz: verschiedene Funktionen der Konzepte in den jeweiligen Ländern.....	256
f) Fazit I: Relativität der deutschen Position.....	257
g) Fazit II: Rahmen für die weitere Auslegung .....	257
II. Gesetzgebungsgeschichte .....	258
III. Systematik.....	260
1. Systematische Auslegung: Rechtsfolgen des Hauptverwaltungskriteriums in der SE-VO.....	261
2. Primärrecht (Art. 54 AEUV).....	263
3. Andere europäische Rechtsformen.....	266
4. Europäisches IPR und IZPR.....	271
5. Europäisches Aufsichtsrecht .....	275
6. Insolvenzrecht.....	279
7. Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen (Entwurf 1968).....	280
8. Dreizehnte Richtlinie .....	281
9. Vierzehnte Richtlinie (Entwurf).....	281
10. Zwischenergebnis für die systematische Auslegung.....	282
IV. Teleologische Auslegung .....	283
1. Anknüpfungskriterium der SE-VO.....	284
2. Antwort der SE-VO auf die anderen von Sitz- und Gründungstheorien aufgeworfenen Fragen.....	286
3. Sinn der Sitzkopplung: Aufsichtsrecht? .....	287
4. Sinn der Sitzkopplung: Gleichlauf?.....	287
5. Sinn der Sitzkopplung: Ziele der Sitztheorien .....	289
6. Funktion von „Hauptverwaltung“ .....	290
7. Vermutung zu Gunsten des Satzungssitzes? .....	292
V. Fazit: ein autonomes Konzept?.....	292
E. Untersuchung von Auslegungen in der Literatur.....	294
I. Auslegungen mit explizitem Rückgriff auf nationales Recht .....	294
II. Auslegungen, die einen Rückgriff auf nationales Recht zu vermeiden suchen.....	298
F. Zwischenergebnis für „Hauptverwaltung“ .....	302
I. Befund: Schein der autonomen Auslegung .....	302
II. Sprachverwirrung in der Literatur?.....	302
III. Kohärenz der Rechtssprache.....	304

4. Kapitel: Aktie.....	305
A. Einleitung: „Aktie“ als Konzept einer Verweisungsnorm.....	305
B. Autonome Auslegung .....	307
I. Wortlaut.....	307
1. Deutschland .....	307
a) Kapitalanteil .....	307
b) Mitgliedschaft .....	308
c) Verbriefung .....	309
d) Übertragung von Aktien .....	311
e) Zusammenfassung zum deutschen Recht .....	315
2. Italien.....	315
a) Gesellschaftliche Beteiligung .....	316
b) <i>Categorie di azioni</i> .....	317
c) Kapitalbeteiligung .....	318
d) Verbriefung und Übertragung.....	318
e) Zusammenfassung zum italienischen Recht .....	321
3. England.....	321
a) Rechtsnatur von „ <i>shares</i> “ .....	323
b) <i>Classes of shares</i> .....	324
c) <i>Bearer</i> und <i>registered shares</i> und deren Übertragung.....	325
d) Zusammenfassung zum englischen Recht .....	328
4. Frankreich.....	328
a) Kapitalanteil.....	328
b) Unterscheidungen nach den Rechten der Aktionäre .....	329
c) Dematerialisierung und Veräußerung .....	330
d) Zusammenfassung zum französischen Recht .....	332
5. Rechtsvergleichung.....	332
II. Historisch.....	335
1. Der Terminus .....	335
2. Die frühen Vorentwürfe: Grundsatz der Vollregelung.....	336
3. Die Entwürfe von 1989 und 1991: Verweisungen .....	337
4. Schlussfolgerungen für das universale Rechtskonzept: Maßgeblichkeit des Umfangs, nicht des Inhalts .....	338
III. Systematik.....	340
1. Art 1 Abs. 2 S. 1 SE-VO .....	340
2. Art. 5 SE-VO .....	340
3. Art. 60 SE-VO .....	340
4. Art. 9, 10 SE-VO .....	341
5. Systematik: sonstige Rechtsakte der EU: Allgemeines .....	341
6. Primärrecht: „Golden shares“-Rechtsprechung des EuGH .....	341
7. <i>One share one vote?</i> .....	345
8. Zweite Richtlinie .....	346

9. Fünfte Richtlinie (Entwurf).....	349
10. Aktionärsrechterichtlinie.....	350
11. Zwischenergebnis für die systematische Auslegung.....	351
IV. Telos .....	351
V. Fazit autonome Auslegung .....	354
C. Auslegungen in der Literatur .....	354
D. Fazit Sprachverwirrung.....	357
5. Kapitel: Fazit.....	358
A. Sprachverwirrung.....	358
I. Zusammenfassung der Befunde.....	358
II. Sprachverwirrung als mögliche und plausible Erklärung.....	359
B. Kohärente Rechtssprache .....	361
I. „Hauptverwaltung“: uneinheitliche Terminusverwendung.....	361
II. Desiderate bezüglich der Kohärenz der Rechtssprache.....	362
III. Aktie und Rechtspersönlichkeit: einheitliche Termini, aber keine Konzepte.....	363
IV. Ergebnis .....	363
C. Wörterbuch.....	364
I. Bedarf .....	364
II. Anforderungen .....	365
III. Herausforderungen.....	366
IV. Ausblick.....	368
D. Ausblick zum Verhältnis von Sprache und Recht: Ist Sprache ohne Recht sinnvoll? .....	368
I. Idealvorstellung: Einigung zunächst über Konzepte .....	369
II. Probleme einer Terminologie ohne Konzepte.....	369
III. Auch Sprache ohne Recht kann sinnvoll sein – wenn sie kohärent ist! .....	370
Anhang: Tabellarische Übersicht zum Terminus „Hauptverwaltung“ .....	372
Literaturverzeichnis.....	379
Sachregister.....	427

## Abkürzungsverzeichnis

Aufl.	Auflage
a.A.	andere Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AC	Law Reports: Appeal Cases, Third Series (englische Entscheidungssammlung)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUU	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
affd	affirmed (bestätigt, bei englischen Urteilen)
AG	Die Aktiengesellschaft
AG-Report	AG-Report, Sonderteil der Zeitschrift Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
All ER	All England Law Reports (englische Entscheidungssammlung)
Anh, Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AÖGZ	Allgemeine österreichische Gerichts-Zeitung
App.	Corte d'Appello (Appellationshof, Italien)
App.Cas.	Law Reports: Appeal Cases, Second Series (englische Entscheidungssammlung)
Art.	Artikel, Articolo, Article
Art. L.	Artikel auf Gesetzesgrundlage (loi) (nur Frankreich)
Art. R.	Artikel auf Grundlage eines Dekrets (règlement) (nur Frankreich)
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
AT	Allgemeiner Teil
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
Banca, borsa, tit. cred.	Bank, Börse, Wertpapiere (Teil einer italienischen Entscheidungssammlung)
BB	Betriebsberater
B.C.C.	British Company Law Cases (englische Entscheidungssammlung)
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Boyle & Birds' Company Law	Boyle & Birds' Company Law, 9. Aufl. Bristol 2014
Bull. Joly	Bulletin mensuel Joly d'information des sociétés (französische Zeitschrift)
Bull. Joly Soc.	Bulletin Joly Sociétés (französische Zeitschrift)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
CA	Companies Act (englisches Gesellschaftsrechtsgesetzbuch); Court of Appeal(s) (englischer Appellationshof)
Cambridge Y.B. Eur. Legal Stud.	Cambridge Yearbook of European Legal Studies (englische Zeitschrift)
Cass.	Corte di Cassazione
Cass. 1re civ.	Cour de cassation, Première chambre civile (Erste Zivilkammer des französischen Kassationshofes)
Cass. 2e civ.	Cour de cassation, Deuxième chambre civile (Zweite Zivilkammer des französischen Kassationshofes)
Cass. 3e civ.	Cour de cassation, Troisième chambre civile (Dritte Zivilkammer des französischen Kassationshofes)
Cass. civ.	Corte di Cassazione, sezione civile/Arrêts de la Cour de cassation, chambre civile (Kassationshof, Zivilabteilung (Italien/Frankreich))
Cass. com.	Cour de cassation, chambre civile, section commerciale (Handelsabteilung des französischen Kassationshofes)
Cass. crim.	Arrêts de la Cour de cassation, chambre criminelle (Strafkammer des französischen Kassationshofes)
Cass. soc.	Cour de cassation, chambre social (Sozialkammer des französischen Kassationshofes)
Cass. (S.U.)	Corte di Cassazione, sezioni unite (Entscheidung der vereinigten Senate)
Cass. req.	Chambre des requêtes de la Cour de cassation française (Abteilung des französischen Kassationshofes)
CC	Code civil (französisches Zivilgesetzbuch)
c.c.	Codice Civile (italienisches Zivilgesetzbuch)
CCom	Code de commerce (französisches Handelsgesetzbuch)
Ch	Law Reports, Chancery Division (Third Series) (englische Entscheidungssammlung)
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (Second Series) (englische Entscheidungssammlung)
CDE	Cahiers de Droit Européen (französische Zeitschrift)
Clunet	Journal du Droit International Privé et de la Jurisprudence Comparée, fondé et publié par Édouard Clunet (französische Zeitschrift)
CMF	Code monétaire et financier (französisches Finanzgesetzbuch)
CMLR	Common Market Law Review (Zeitschrift)
Comp.Law.	Company Lawyer (englische Zeitschrift)

CPC	Code de procédure civile (französisches Zivilprozessbuch)
c.p.c.	Codice di procedura civile (italienisches Zivilprozessbuch)
d. lgs.	Decreto legislativo (Gesetzesdekret, Italien)
DB	Der Betrieb
DIP	Diritto internazionale privato/droit international privé (Internationales Privatrecht, italienisch/französisch)
Dir. fall.	Il diritto fallimentare e delle società commerciali (Abschnitt einer italienischen Entscheidungssammlung)
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift, Verkündungsblatt der Bundesnotarkammer
Dr. sociétés	Droit des sociétés (französische Zeitschrift)
DStR	Deutsches Steuerrecht
E.L. Rev.	European Law Review (Zeitschrift)
EBLR	European Business Law Review (Zeitschrift)
ECFR	European Company and Financial Law Review (Zeitschrift)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
endg.	endgültig
Eq	Law Reports, Equity Cases (englische Entscheidungssammlung)
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuLF	European Legal Forum
EuR	Europarecht
Euredia	Revue Européenne de Droit Bancaire et Financier (französische Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union; Europäischer Verein
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA Civ	England and Wales Court of Appeal (Civil Division) Decisions (englische Entscheidungssammlung)
EWS	Europäisches Wirtschafts- & Steuerrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht, Kurzkommentare
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
Ex. D.	Law Reports, Exchequer Division (englische Entscheidungssammlung)
f., ff.	folgende
Fn.	Fußnote
Foro it.	Il Foro italiano (italienische Entscheidungssammlung)
Foro it., Rep.	Il Repertorio del Foro italiano (italienische Entscheidungssammlung)
FS	Festschrift, Festgabe
FuS	Zeitschrift für Familienunternehmen und Stiftungen
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht
ggf.	gegebenenfalls
GIE	groupement d'intérêt économique (französische Rechtsform)
Giur. comm.	Giurisprudenza commerciale (italienische Entscheidungssammlung)
Giur. it.	Giurisprudenza italiana (italienische Entscheidungssammlung)

GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GroßkommGmbHG	Großkommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GS	Gedächtnisschrift
GU	Gazetta Ufficiale (italienisches Amtsblatt)
Hare	Hare's Chancery Reports (englische Entscheidungssammlung)
h.L.	herrschende Lehre
HL	House of Lords (Oberhaus des Parlaments des Vereinigten Königreichs)
h.M.	herrschende Meinung
HGB	Handelsgesetzbuch
Hrsg.	Herausgeber
Hurl. & C.	Hurlstone & Colman's Exchequer Reports (englische Entscheidungssammlung)
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i.e.S.	im engeren Sinne
IILR	International Insolvency Law Review
i-IPRG	italienisches Gesetz über die Reform des internationalen Privatrechts (1995)
INF	Information über Steuer und Wirtschaft
IPR	internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
i.w.S.	im weiteren Sinne
IZVR	internationales Zivilverfahrensrecht
J. Law Econ. Organ	Journal of Law, Economics, & Organization (englische Zeitschrift)
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies (englische Zeitschrift)
JBL	Journal of Business Law (englische Zeitschrift)
JCLS	Journal of Corporate Law Studies (englische Zeitschrift)
JCP	Jurisclasseur périodique (französische Zeitschrift)
JCP-E	La Semaine Juridique Edition Entreprise et Affaires
jew.	jeweils
JhJb	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
Kap.	Kapitel
KB	Law Reports: King's Bench (englische Entscheidungssammlung)
KöKoAktG	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LJ	Lord Justice (Rang eines englischen Richters)
LQR	Law Quarterly Review

LG	Landgericht
lit.	Buchstabe (littera)
LPA	Les petites affiches
LR (Bandzahl) Eq	Law Reports, Equity (englische Entscheidungssammlung)
LR (Bandzahl) HL	Law Reports, House of Lords (englische Entscheidungssammlung)
LR (Bandzahl) Ch App	Law Reports, Chancery Appeals (englische Entscheidungssammlung)
LR (Bandzahl) QB	Law Reports, Queen's Bench (englische Entscheidungssammlung)
L.T.	Law Times Reports (englische Entscheidungssammlung)
m.E.	meines Erachtens
Maastricht J. Eur. & Comp. L.	Maastricht Journal of European and Comparative Law (Zeitschrift)
Mod. L. Rev.	Modern Law Review (englische Zeitschrift)
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MüKoAktG	Münchener Kommentar zum Aktiengesetz
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MünchHdB-GesR	Münchener Handbuch des Gesellschaftsrechts
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-Spezial	Neue Juristische Wochenschrift Spezial
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- und Beurkundungspraxis
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZWSt	Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht
OLG	Oberlandesgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division (englische Entscheidungssammlung)
QB	Law Reports, Queen's Bench (Third Series) (englische Entscheidungssammlung)
QdR	Queensland Reports (australische Entscheidungssammlung)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé (französische Zeitschrift)
Rev. DIP	Revue de droit international privé (französische Zeitschrift)
Rev. sociétés	Revue des sociétés (französische Zeitschrift)
Rev. trim.	Revue trimestrielle de Droit civil (französische Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungssammlung des Reichsgerichts in Zivilsachen

RIDC	Revue internationale de droit comparé (französische Zeitschrift)
Riv. d. Soc.	Rivista delle Società (italienische Zeitschrift)
Riv. d. dir. civ.	Rivista di diritto civile (italienische Zeitschrift)
Riv. d. dir. int.	Rivista di diritto internazionale (italienische Zeitschrift)
Riv. di dir. int. priv. e proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale (italienische Zeitschrift)
RJDA	Revue de jurisprudence de droits des affaires (französische Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rz.	Randziffer
S.	Seite
s.a.	siehe auch
SA	Société anonyme (französische Aktiengesellschaft)
Sanders-VOV	Vorentwurf zur SE-Verordnung von Prof. Pieter Sanders (1966)
SAS	Société par actions simplifié (französische kleine Aktiengesellschaft)
SCA	Société en accomandite par actions (französische Kommanditgesellschaft auf Aktien)
SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
SEBG	Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft
Sec.	Section (Artikelzählung in englischen Gesetzen)
SEEG	Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft
SE-VO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
SE-VOV	Vorentwurf zur SE-Verordnung (mit Jahreszahl)
SE-RL	Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes
s.o.	siehe oben
S.p.A.	Società per Azioni (italienische Aktiengesellschaft)
StAZ	Das Standesamt (Zeitschrift)
s.u.	siehe unten
Suppl.	Supplemento (Zusatz, Beilage)
SZW/RSDA	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht - Revue suisse de droit des affaires - Swiss Review of Business Law
Trib.	Tribunale (italienischer Gerichtshof)
T.U.F.	Testo unico delle disposizioni in materia di intermediazione finanziaria (italienisches Finanzgesetzbuch)
u.a.	unter anderem
UKSC	United Kingdom Supreme Court (Oberstes Gericht im Vereinigten Königreich)
Unterabs.	Unterabsatz

Urt.	Urteil
usf.	und so fort
usw.	und so weiter
v	versus (in englischen Gerichtsentscheidungen)
vgl.	vergleiche
VOV	Verordnungs-Vorentwurf
WLR	Weekly Law Reports (englische Entscheidungssammlung)
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WSI-Mitt.	WSI-Mitteilungen
Yale L.J.	The Yale Law Journal (Zeitschrift)
YbPrivIntL	Yearbook of Private International Law (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZEV	Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZInsO	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß



# Einleitung

Über den Zusammenhang von Sprache und Recht ist bereits viel geschrieben worden; und es gäbe wohl noch viel mehr zu schreiben. Auch diese Arbeit wird versuchen, einen (allgemeinen) Beitrag zum Thema zu leisten, sich thematisch dabei aber auf die Europäische Aktiengesellschaft beschränken, ein Gebiet, das durch seine originelle und komplizierte Einbindung in das Gefüge der europäischen Mehrsprachigkeit eine lohnende Untersuchung verspricht. Dazu wird zunächst auf das Thema hingeführt (nachfolgend A–D), bevor allgemeine Grundlagen geklärt werden können (1. Kapitel). Die Untersuchung erfolgt in drei Teilen (2. bis 4. Kapitel), denen ein abschließendes Fazit (5. Kapitel) folgt.

## A. Der Erfolg der SE in der Rechtswirklichkeit

Ob die Europäische Aktiengesellschaft oder *Societas Europaea* (im Folgenden: SE) ein Erfolg im Sinn des europäischen Gesetzgebers ist, wird nach wie vor unterschiedlich beurteilt. Die SE wurde früh schon als „Flaggschiff des Europäischen Gesellschaftsrechts“<sup>1</sup> betitelt und ihre nach langer wechselvoller Gesetzgebungsgeschichte erfolgte Einführung begrüßt.<sup>2</sup>

Ob diese Erwartungen in der Zwischenzeit erfüllt sind, lässt sich nicht ohne Weiteres an den absoluten Zahlen ablesen. Die maßgeblichen europäischen Regelungen bestehen aus einer Verordnung zur Regelung des Statuts der SE<sup>3</sup> (im Folgenden: SE-VO) und einer Richtlinie, die diese hinsichtlich der Arbeitnehmer ergänzt<sup>4</sup> (im Folgenden: SE-RL). Sie traten am 08.10.2004 in Kraft bzw.

---

<sup>1</sup> *Hopt*, ZIP 1998, 98 (99). Das „Flaggschiff“-Bild wurde in der Folge häufig aufgegriffen, vgl. *Hommelhoff/Teichmann*, SZW/RSDA 2002, 1 (1); *Teichmann*, ZGR 2002, 383 (384); *C. Schäfer*, NZG 2004, 785 (791).

<sup>2</sup> Unter den zahlreichen Beiträgen besonders optimistisch etwa *Blanquet*, ZGR 2002, 20 (20 ff., 63 ff.); auch *Fages/Menjuq*, JCP-E 2005, 39, 1571 (1572); *Cathiard*, JCP-E 2012, 13, Artikel 212, 9 (11); *Colombani*, LPA 17. Januar 2001, 12, 15 (15 ff.).

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 1–21.

<sup>4</sup> Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, ABl. L 294 vom 10.11.2001, S. 22–32.

waren bis zu diesem Zeitpunkt umzusetzen.<sup>5</sup> Seitdem wurden in Europa 2901 SE gegründet, davon 475 in Deutschland.<sup>6</sup> Allerdings befinden sich unter diesen bereits registrierten Gesellschaften noch viele Vorratsgesellschaften;<sup>7</sup> darauf weist auch der hohe Anteil tschechischer Gesellschaften hin (2055, also 70 %), da in der Tschechischen Republik aufgrund besonderer gesellschaftsrechtlicher Hintergründe viele Vorratsgesellschaften gegründet wurden und die SE auch zur Finanzierung des Unternehmens genutzt werden können (oder jedenfalls genutzt werden).<sup>8</sup> Diese absoluten Zahlen sind insbesondere dann wenig beeindruckend, wenn man sie mit den sonstigen Rechtsformen von Kapitalgesellschaften vergleicht: So standen etwa in Deutschland am 01.01.2017 den 417 bestehenden SE beispielsweise 15.130 als AG und 1.219.251 als

---

<sup>5</sup> Art. 70 SE-VO, Art. 14 Abs. 1 SE-RL. In Deutschland erfolgte die Umsetzung durch das Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE) (SE-Ausführungsgesetz – SEAG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675), zuletzt geändert durch Artikel 14 des Gesetzes vom 24. April 2015 (BGBl. I S. 642) (im Folgenden: SEAG) und durch das Gesetz über die Beteiligung der Arbeitnehmer in einer Europäischen Gesellschaft (SE-Beteiligungsgesetz – SEBG) vom 22. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3675, 3686) (im Folgenden: SEBG). Aufgrund der Verweisungsstruktur bedurfte auch die SE-VO einer Umsetzung, s. dazu Einl. B, S. 6 ff.

<sup>6</sup> <<http://ecdb.worker-participation.eu/>>, zuletzt abgerufen am 21.10.2017.

<sup>7</sup> Hierfür sind genaue Zahlen schwer zu erhalten. Immerhin weisen die Angaben mehrerer Anbieter von Vorratsgesellschaften allein in Deutschland auf einen aktiven Markt hin (vgl. <[http://www.confidenta.de/se\\_angebot.html](http://www.confidenta.de/se_angebot.html)>; <<http://www.blitzstart.com/vorratsgesellschaften/se>>; <[http://www.sofort-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Vorrats\\_SE.php](http://www.sofort-gesellschaften.de/d/Angebotsliste/Vorrats_SE.php)>; <<https://www.foris.com/vorratsgesellschaften/unser-angebot.html>>; jeweils zuletzt abgerufen am 21.10.2017); auch anfänglich geäußerte Zweifel an der Zulässigkeit solcher Vorratsgesellschaften (*T. Blanke*, „Vorrats-SE“ ohne Arbeitnehmerbeteiligung, 2005, S. 9 ff.; *T. Blanke*, ZIP 2006, 789 (791 f.)) sind mittlerweile jedenfalls in der Literatur überstimmt: *Casper*, AG 2007, 97 (100); *Casper/Schäfer*, ZIP 2007, 653 (655); *Luke*, NZA 2013, 941 (941 ff.). Auch die Rechtsprechung erlaubt nun Vorratsgesellschaften, siehe OLG Düsseldorf, I-3 Wx 248/08, Beschl. vom 30.03.2009 = ZIP 2009, 918, anders noch LG Hamburg, 417 T 15/05, Beschl. vom 30.09.2005 = ZIP 2005, 2018. Von den SE sind etwa die Hälfte solche ohne Arbeitnehmer (vgl. Mitteilung der Kommission zur Überprüfung der Richtlinie 2001/86/EG des Rates vom 8. Oktober 2001 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Gesellschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer, 30.09.2008, KOM(2008) 591 endg., S. 8, Fn. 9; sie brauchen deswegen allerdings noch keine Vorratsgesellschaften zu sein; zudem werden spätere Änderungen nicht erfasst, vgl. <<http://ecdb.worker-participation.eu/>>, abgerufen am 21.10.2017). Die Hans-Böckler-Stiftung geht für den 01.07.2017 von europaweit 462 „aktiven“ SE mit mindestens 5 Arbeitnehmern aus gegenüber 2365 Mikro- oder UFO-Gesellschaften, <[https://www.boeckler.de/pdf/pb\\_mitbestimmung\\_se\\_2017\\_6.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/pb_mitbestimmung_se_2017_6.pdf)>, abgerufen am 21.10.2017. Von diesen 462 aktiven SE befanden sich 243 in Deutschland. Insgesamt scheint die Vorratsgesellschaft (anders als zunächst geplant) der „bei Weitem beliebteste Weg in die SE“ zu sein (etwa 44 % der Gründungen in Deutschland), *Schuberth/von der Höh*, AG-Report 2014, 439 (440 f.); *Köstler/Pütz*, AG-Report 2013, R180 (R180).

<sup>8</sup> Dazu ausführlicher *Eidenmüller/Lasák*, in: FS Hommelhoff 2012, 187 (187 ff., zum Finanzierungsmodell näher S. 199 f.).

GmbH organisierte Kapitalgesellschaften gegenüber.<sup>9</sup> Allerdings schlägt sich die SE offenbar besser als die EWIV (Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung), die schon seit 1988 gegründet werden kann, zahlenmäßig jedoch von der SE bereits überholt wurde.<sup>10</sup>

Zudem verzeichnet die Rechtsform der SE gerade in Deutschland seit ihrer Gründung die höchsten Zuwachsraten von allen Rechtsformen.<sup>11</sup> Als Gründe dafür, die Rechtsform der SE zu wählen, werden von den Unternehmen die Möglichkeiten, den Aufsichtsrat zu verkleinern,<sup>12</sup> die monistische Führungsstruktur zu wählen<sup>13</sup> und vom europäischen Image zu profitieren genannt.<sup>14</sup>

---

<sup>9</sup> Kornblum, GmbHR 2017, 739 (739 f.).

<sup>10</sup> Bis zum 12.10.2017 wurden 2547 EWIV gegründet, davon 419 wieder aufgelöst, womit 2128 verbleiben, vgl. <<http://www.libertas-institut.com/wp-content/uploads/2017/10/ewiv-statistik.pdf>>, abgerufen am 21.10.2017. In Deutschland wurde die Rechtsform der EWIV bereits zum 01.01.2014 überholt, Kornblum, GmbHR 2014, 694 (700). Zur EWIV ausführlicher unten 2. Kap., B III 5 a, S. 180 ff., und 3. Kap., D III 3, S. 266 ff.

<sup>11</sup> Kornblum, GmbHR 2017, 739 (748); Kornblum, GmbHR 2016, 691 (700); Kornblum, GmbHR 2015, 687 (692); Kornblum, GmbHR 2014, 694 (699); Kornblum, GmbHR 2013, 693 (699); Kornblum, GmbHR 2012, 728 (733); Kornblum, GmbHR 2011, 692 (697); Kornblum, GmbHR 2010, 739 (744); Kornblum, GmbHR 2009, 1056 (1060); Kornblum, GmbHR 2009, 25 (31); Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2008, 721 (724); W. Bayer/Schmidt, AG-Report 2008, R31; W. Bayer/Schmidt, AG-Report 2007, R192; W. Bayer/Schmidt, Status Recht 2007, 334; zum zuletzt stabilen Wachstum auch Schubert/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440).

<sup>12</sup> Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2009, 845 (848 f.); Schubert/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440, Zahlen dazu S. 442); Casper, in: Spindler/Stilz, Kommentar zum Aktiengesetz, 2015, Vor Art. 1 SE-VO Rn. 20; Hemeling, Die Societas Europaea (SE) in der praktischen Anwendung, 2008, S. 12.

<sup>13</sup> So bereits Fleischer, AcP 204 (2004), 502 (521 ff.); Teichmann, BB 2004, 53 (53 ff.); vgl. auch die Zahlen bei W. Bayer/Hoffmann/Schmidt, AG-Report 2009, R480 (R480); W. Bayer/Schmidt, BB 2008, 454 (454).

<sup>14</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), Brüssel, den 17.11.2010, KOM(2010) 676 endgültig, S. 3; aus der Praxis vgl. z.B. die Pressemitteilung von EON, abrufbar unter <<http://www.dgap.de/dgap/News/corporate/eon-eonhauptversammlung-beschliesst-umwandlung-europaeische-aktiengesellschaft-societas-europaea/?newsID=715470>>, abgerufen am 21.10.2017, die Stellungnahme der SCOR SE, referiert bei Cozian/Viandier/Deboissy, Droit des sociétés, 2017, Rn. 1825; für die Allianz SE Hemeling, Die Societas Europaea (SE) in der praktischen Anwendung, 2008, S. 12. Aus der Literatur Schubert/von der Höh, AG-Report 2014, 439 (440); ferner dazu und zu Überlegungen, ob die Umwandlung in eine SE am Kapitalmarkt mit einem Aufschlag der Aktien beurteilt wird, Eidenmüller/Engert/Hornuf, AG 2009, 845 (847, 851 ff.); Bungert/Beier, EWS 2002, 1 (10); Cathiard, Bull. Joly Soc. 2007, 539 (542); Lutter, in: Lutter/Hommelhoff/Teichmann, SE-Kommentar, 2. Aufl., 2015, Einl. SE-VO Rn. 33 (mit Beispielen in Fn. 95); ausführlich (und zweifelnd) Hornuf, Regulatory competition in European corporate and capital market law, 2012, S. 80 ff., insb. S. 95 f.

Auch für kleine und mittlere Unternehmen erscheint die SE (trotz des zunächst abschreckend hohen Mindestkapitals) attraktiv.<sup>15</sup> Eher zurückhaltend wird dagegen die 2012 angekündigte<sup>16</sup> Informationskampagne der EU beurteilt.<sup>17</sup> Auch die Arbeitnehmermitbestimmung spielt wohl eine Rolle, wenngleich dies aus Gründen überwiegend politischer Art nicht immer offen zugegeben werden mag; die zunächst befürchtete Flucht aus der Mitbestimmung<sup>18</sup> lässt sich derzeit jedenfalls noch nicht feststellen.<sup>19</sup> Als Nachteile werden häufig die zu

---

<sup>15</sup> Vgl. etwa Zahlen über die geringe Mitbestimmungsquote deutscher SE (81 % unterliegen keiner Mitbestimmung), was als Beleg gesehen wird, dass vor allem kleinere und mittlere Unternehmen die Rechtsform der SE wählten (CMS-Studie, S. 8, abrufbar unter <[https://cms.law/de/content/download/83236/3050359/version/4/file/CMS\\_Societas\\_Europaea\\_1407.pdf](https://cms.law/de/content/download/83236/3050359/version/4/file/CMS_Societas_Europaea_1407.pdf)>, zuletzt abgerufen am 21.10.2017), vgl. zudem die statistischen Befunde bei *W. Bayer/Schmidt*, Status Recht 2007, 334 (334 f.); *Eidenmüller/Engert/Hornuf*, AG 2008, 721 (726); *Köstler/Pütz*, AG-Report 2013, R180 (R180 f.); argumentativ in diese Richtung bereits *Lutter/Kollmorgen/Feldaus*, BB 2005, 2473 (2473 ff.); *W. Bayer/Schmidt*, AnwBl 2008, 327 (327 ff.) mit Hinweis auf Gestaltungsmöglichkeiten wie das Patriarchen-Modell oder das CEO-Modell (so das Beispiel der „Mensch und Maschine SE“); zu letzterem auch *Lutter*, in: *Lutter/Hommelhoff/Teichmann*, SE-Kommentar, 2. Aufl., 2015, Einl. SE-VO Rn. 35 f.; *Reichert*, Der Konzern 2006, 821 (823); *G. Manz/Mayer*, INF 2006, 833 (834 f.); *Redeker*, AG-Report 2006, R343 (R346); *Mayer-Uellner/Otte*, NZG 2015, 737 (743) empfehlen überdies die Gestaltung der SE & Co. KGaA für (größere) Familienunternehmen; ebenso *A. Wiedemann/Frohnmayer*, FuS 2014, 10 (18). Neuere Zahlen bestätigen, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen von der Flexibilität Gebrauch machen, *Schuberth/von der Höh*, AG-Report 2014, 439 (442).

<sup>16</sup> Im Aktionsplan Gesellschaftsrecht der Kommission, S. 16, COM(2012) 740 final vom 12.12.2012, abrufbar unter <<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0740:FIN:DE:PDF>>, zuletzt abgerufen am 21.10.2017.

<sup>17</sup> *W. Bayer*, in: *Bergmann u.a.* (2015), 230 (248); *W. Bayer/Schmidt*, BB 2014, 1219 (1219, 1232).

<sup>18</sup> Zur Situation nach dem SE-VOV 1989 *Krieger*, in: *FS Rittner* 1991, 303 (313 f.); Bedenken auch bei *Heinze*, ZGR 2002, 66 (69); *Hopt*, ZGR 1992, 265 (278); ähnlich (Bedenken wegen einer Unattraktivität der deutschen Unternehmen) *Fleischer*, AcP 204 (2004), 502 (535 f.); *Lutter*, in: *Lutter/Hommelhoff/Teichmann*, SE-Kommentar, 2. Aufl., 2015, Einl. SE-VO Rn. 37; *Lutter*, BB 2002, 1 (6); *Hopt*, EuZW 2002, 1 (1); *Herfs-Röttgen*, NZA 2001, 424 (429); optimistisch dagegen *Kübler*, in: *FS Raiser* 2005, 247; *Thoma/Leuring*, NJW 2002, 1449 (1454); *Calle Lambach*, RIW 2005, 161.

<sup>19</sup> *W. Bayer*, in: *Bergmann u.a.* (2015), 230 (238); *Köstler/Pütz*, AG-Report 2013, R180 (R180 f.) mit Zahlen insb. zur grenzüberschreitenden Verschmelzung; ausdrücklich vorsichtiger (die verfügbaren Zahlen sagen nichts über die hypothetische Situation aus, wenn keine SE gegründet worden wäre) *Schuberth/von der Höh*, AG-Report 2014, 439 (442 f.); einen gewissen Trend zur „präventiven Mitbestimmungsflucht“ beobachten dagegen *Keller/Werner*, WSI-Mitt. 2009, 416 (421 f.); vorsichtiger noch *Keller/Werner*, WSI-Mitt. 2007, 604.

große Komplexität<sup>20</sup> und teilweise das Fehlen eines vereinheitlichten Steuerrechts<sup>21</sup> genannt.

Für den rechtstatsächlichen Erfolg maßgebend ist neben den Zuwächsen aber auch, dass gerade eine Reihe von „Schwergewichten der Unternehmenslandschaft“<sup>22</sup> die Rechtsform der SE gewählt haben. In Deutschland können die Allianz SE,<sup>23</sup> die BASF SE, die E.ON SE, die ProSiebenSat.1 Media SE, die SAP SE, die Vonovia SE, die MAN SE, die Porsche Automobil Holding SE u.v.a. genannt werden. Bereits 2009 hatten 15 deutsche SE ein Grundkapital von mehr als 100 Millionen Euro und insgesamt knapp 5 Milliarden Euro,<sup>24</sup> heute finden sich unter den 30 DAX-Konzernen bereits sechs, die als SE organisiert sind – es handelt sich um die sechs soeben zuerst genannten SE mit einer Marktkapitalisierung von zusammen über 300 Milliarden Euro, darunter drei der fünf größten DAX-Konzerne, gemessen an der Marktkapitalisierung.<sup>25</sup> Von diesen Gesellschaften ist zu erwarten, dass sie auch in Rechtsberatung und Rechtsprechungspraxis verstärkt die Auseinandersetzung mit der SE antreiben und für eine weiterhin wachsende Akzeptanz der SE sorgen werden.<sup>26</sup>

Aus diesen Gründen ergibt sich ein Bedarf für eine auch rechtswissenschaftliche Erforschung der neuen Rechtsform. Während viele Einzelfragen mittlerweile geklärt sind, bleiben andere noch offen. Um zum eigentlichen Thema der Arbeit hinzuführen (dazu dann unten D), werden in den nächsten beiden Abschnitten verschiedene Besonderheiten der SE beleuchtet: die Verweisungsstruktur (B) und ihre Einbettung in ein mehrsprachiges Europa (C).

---

<sup>20</sup> Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE), Brüssel, den 17.11.2010, KOM(2010) 676 endgültig, S. 5; aus der Literatur statt vieler C. Schäfer, NZG 2004, 785 (789); aus Sicht der Praxis vgl. etwa die Beiträge von Requillart, in: Lenoir (2007), 224 (232); Husson, in: Lenoir (2007), 234 (234); zu offenen Fragen aus Sicht der Literatur vgl. z.B. Cathiard, Bull. Joly Soc. 2007, 539 (550 ff.).

<sup>21</sup> Edwards, CMLR 40 (2003), 443 (463 f.); Endres, RIW 2004, 735 (739); *Mus-taki/Engammare*, Droit européen des sociétés, 2009, S. 379; Husson, in: Lenoir (2007), 234 (235); Gardella, in: Lenoir (2007), 237 (245); die Regelungen für sachgerecht haltend dagegen Förster/Lange, DB 2002, 288 (288, 294); Kritik vor allem am deutschen Gesetzgeber anlässlich des Gesetzes zur Einführung der Europäischen Gesellschaft (SEEG) äußert Waclawik, ZEV 2006, 429 (1191 ff.).

<sup>22</sup> W. Bayer/Hoffmann/Schmidt, AG-Report 2009, R480 (R482).

<sup>23</sup> Vgl. dazu die Erfahrungsberichte des Chefsyndikus der Allianz SE, Hemeling, Die Societas Europaea (SE) in der praktischen Anwendung, 2008; weitgehend identisch mit Hemeling, in: Jung (2011), 41.

<sup>24</sup> W. Bayer/Hoffmann/Schmidt, AG-Report 2009, R480 (R481).

<sup>25</sup> <<https://www.boerse.de/gewichtung/DAX-Aktien/DE0008469008>>, zuletzt abgerufen am 21.10.2017. Von den fünf größten DAX-Konzernen, SAP, Siemens, Bayer, Allianz und BASF, sind nur Siemens und Bayer nicht als SE organisiert.

<sup>26</sup> Positiv aus Sicht der Wirtschaft auch die Bilanz bei Cathiard, Journal des sociétés 2011, 39 (39 ff.).

## B. Geschichte der SE

Die lange und wendungsreiche Geschichte der SE ist bereits oft nachgezeichnet worden,<sup>27</sup> sodass hier einige wenige Worte genügen können. Für die Zwecke der nachfolgenden Untersuchung ist es ausreichend, die verschiedenen Vorentwürfe kurz zu charakterisieren und die im Laufe der Zeit zunehmende Verwendung der Verweisungstechnik als Antwort auf die Schwierigkeiten politischer Einigung darzustellen.

Die Geschichte der SE reicht (mindestens<sup>28</sup>) bis zu den Vorträgen von *Thibierge* und *Sanders* am Ende der 1950er Jahre zurück, in denen das erste Mal konkret von einer „europäischen Aktiengesellschaft“ die Rede ist.<sup>29</sup> In der Folgezeit wurde die Idee insbesondere in Frankreich weiterverfolgt, bis die Kommission schließlich auf Initiative der französischen Regierung die Idee aufgriff und *Pieter Sanders* mit der Ausarbeitung beauftragte; ihm wurde eine Expertengruppe zur Seite gestellt.<sup>30</sup> *Sanders* lieferte dann 1966/1967 einen ersten

---

<sup>27</sup> Vgl. zur Geschichte der SE insbesondere die Darstellungen von *Blanquet*, ZGR 2002, 20 (21 ff.); *Lutter*, BB 2002, 1 (1 ff.); *Schwarz*, Europäisches Gesellschaftsrecht, 2000, Rn. 33 ff., 42 ff. *Edwards*, CMLR 40 (2003), 443 (443–450); *Theisen/Wenz*, in: *Theisen/Wenz*, Die europäische Aktiengesellschaft, 2005, S. 27–36; *Pellegrini*, in: *Capriglione* (2008), 103 (103 ff.); mit Fokus auf die Arbeitnehmerbeteiligung *Herfs-Röttgen*, NZA 2001, 424 (424 ff.); ausführlich *Kapschak*, Projekt Europäische Aktiengesellschaft, 2008. Eine Übersicht über die wichtigsten Dokumente bietet <<http://www.worker-participation.eu/European-Company-SE/History>>, abgerufen am 21.10.2017.

<sup>28</sup> Bereits auf dem 34. Deutschen Juristentag 1926 wurde die Bildung einer überstaatlichen Kapitalgesellschaft angeregt und die Reichsregierung zu deren Umsetzung aufgerufen sowie dazu, das Thema auf der Weltwirtschaftskonferenz 1927 anzusprechen (was nicht geschah), 34. DJT I, 1926, S. 258–331; 34. DJT II, 1927, S. 611–798, 874–879, insbes. 798, 878; vgl. auch *Duden*, *RabelsZ* 27 (1962), 89 (90 f.). In der Folgezeit wurde das Projekt nicht weiterverfolgt, auch eine den Vorträgen von *Sanders* und *Thibierge* vorangehende Initiative des Europarats im Jahre 1952 betraf nur öffentliche Unternehmen und wurde ebenfalls nicht verwirklicht, wohl aus Furcht der Regierungen vor einer Diskriminierung der „eigenen“ Unternehmensformen, *Pipkorn*, ZHR 141 (1973), 35 (48). Zu den Ursprüngen der SE bereits vor den genannten Vorträgen *Teichmann*, *Binnenmarktkonformes Gesellschaftsrecht*, 2006, S. 240 ff.; *J. Schmidt*, *Deutsche vs. britische SE*, 2006, S. 52 f.; *Schwarz*, *Europäisches Gesellschaftsrecht*, 2000, Rn. 31 f.; dazu und auch zu Beispielen früherer international gestalteter Gesellschaften der Kautelarjurisprudenz *Taschner/Bodenschatz*, in: *Jannott/Frodermann*, *Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft*, 2. Aufl., 2014, Rn. 1.1 ff.

<sup>29</sup> In der Antrittsvorlesung von *Pieter Sanders* in Rotterdam am 22.10.1959, abgedruckt in *Sanders*, AWD 1960, 1 (1); mit ähnlichen Ideen bereits kurz zuvor *Thibierge*, in: *Le Statut de l'étranger*, 239 (360 ff.); sarkastisch dazu *P. L. Davies/Worthington/Micheler*, *Gower and Davies' Principles*, 2012, Rn. 1-33 (Fn. 158): the vision was put forward ... „by Professor P. Sanders [...], though the French claim copaternity“.

<sup>30</sup> Von dieser Phase berichtet aus eigener Erfahrung (als einer Experten der fünfköpfigen Sachverständigenkommission) etwa von *Caemmerer*, in: *FS Kronstein* 1967, 171 (176 ff.);

konkreten Vorentwurf<sup>31</sup> (im Folgenden: Sanders-VOV). Der Entwurf enthielt 13 Titel (wobei die letzten beiden Titel, Steuer- und Strafrecht, keine Vorschriften enthielten) und 208 Artikel. Mit Ausnahme des vierten Titels („Organe“) wurde das Statut nebst einem erläuternden und rechtsvergleichenden Kommentar im Original auf Deutsch abgefasst, Titel IV auf Französisch.<sup>32</sup> Der gesamte Entwurf wurde (lediglich) auf Deutsch und Französisch veröffentlicht. Der Entwurf verstand sich als Vollregelung, die alle für die Gesellschaftsform relevanten Fragen selbst regeln wollte. Nur für die in dem Statut nicht geregelten Gegenstände wurde auf das Recht der Mitgliedstaaten verwiesen, der Rest sollte sich aus dem Statut oder hilfsweise aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen ergeben.<sup>33</sup>

1970 legte die Kommission schließlich einen ersten offiziellen Entwurf vor<sup>34</sup> (im Folgenden: SE-VOV 1970). Dieser Entwurf enthielt 284 Artikel und kam damit in Regelungsdichte und im Übrigen auch inhaltlich deutschen Vorstellungen recht nahe.<sup>35</sup> Besonders heikel war die Mitbestimmung: Insbesondere Deutschland fürchtete eine „Flucht aus der Mitbestimmung“,<sup>36</sup> in anderen Staaten stellten sich neben Arbeitgebern teils auch Gewerkschaften gegen die unternehmerische Mitbestimmung, da sie sich nicht „in das kapitalistische System einspannen lassen wollten“. <sup>37</sup> Die von Prof. *Biedenkopfer* erarbeitete Lösung 1970 sah schließlich mehrere Alternativen der Mitbestimmung vor, die den Unternehmen zur Wahl gestellt werden sollten.<sup>38</sup> Das Parlament begrüßte den

---

von *Caemmerer*, in: Lutter (1968), 54 (59 ff.); s. auch *Gefler*, BB 1967, 381 (382); *Hauschild*, in: Lutter (1968), 81 (82 ff.).

<sup>31</sup> *Pieter Sanders*, Vorentwurf eines Statuts für eine europäische Aktiengesellschaft, veröffentlicht von der *EWG Kommission*, Generaldirektion Wettbewerb, Az. 11000/IV/67, Kollektion Studien, Reihe Wettbewerb Nr. 6, 1967. Sofern nicht anders kenntlich gemacht, wird die deutsche Fassung zitiert.

<sup>32</sup> Sanders-VOV, S. 7.

<sup>33</sup> Art. I-7 Sanders-VOV.

<sup>34</sup> *Kommission*, Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über das Statut für europäische Aktiengesellschaften, 30.06.1970, ABl. Nr. C 124 vom 10.10.1970, S. 1–55 = BT-Drs. VI/1109, 19.08.1970. Zum Vorschlag von 1970 siehe etwa die Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses (ABl. Nr. C 131 vom 13.12.1972, S. 32 ff.), und des Europäischen Parlaments vom 07.08.1974, S. 22 ff.

<sup>35</sup> Inhaltlich sprechen für diese Nähe das dualistische Leitungssystem (Art. 62 ff. SE-VOV 1970 („Vorstand“), Art. 73 ff. SE-VOV („Aufsichtsrat“)), die (potenzielle) Arbeitnehmerbeteiligung im Aufsichtsrat (Art. 137–145 SE-VOV 1970) sowie das ausformulierte Konzernrecht (Titel VII, Art. 223–240 SE-VOV).

<sup>36</sup> S. dazu oben S. 4, Fn. 18 f.

<sup>37</sup> *Taschner/Bodenschatz*, in: Jannott/Frodermann, Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft, 2. Aufl., 2014, Rn. 1.26.

<sup>38</sup> Vgl. Art. 137 ff. SE-VOV 1970; dazu auch *Taschner/Bodenschatz*, in: Jannott/Frodermann, Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft, 2. Aufl., 2014, Rn. 1.17: „vorzügliches Konzept einer europäischen Mitbestimmung [...] die hier niedergelegten Überlegungen [...] haben noch heute Gültigkeit“.

Entwurf grundsätzlich, befürwortete neben weiteren Änderungen aber gerade das Prinzip der starren Drittelbeteiligung; ein Vorschlag, den sich die Kommission in einem erneuten Entwurf 1975<sup>39</sup> (im Folgenden: SE-VOV 1975) auch zu eigen machte.<sup>40</sup> Mit Anhängen zählte der Entwurf über 400 Artikel<sup>41</sup> und war damit der umfangreichste. Doch mit dem zwischenzeitlich erfolgten Beitritt insbesondere des – in der Folgezeit mitbestimmungsfeindlichen – Vereinigten Königreichs sowie dem Anwachsen der Mitgliedstaaten (mit Irland und Dänemark) auf neun hatte sich die politische Situation geändert. Die Mitbestimmungsfrage war gerade mit dem geänderten Entwurf, der tatsächlich auch kaum noch in den politischen Prozess eingebracht wurde,<sup>42</sup> nicht mehr zu lösen. Von den Arbeiten an den gesellschaftsrechtlichen Richtlinien konnte die SE nicht profitieren, die Beratungen im Rat wurden schließlich 1982 eingestellt.<sup>43</sup> Alle drei frühen Entwürfe hatten sich dabei als Vollregelung verstanden; die entsprechende Verweisungsregelung aus dem Sanders-VOV (d.h. nur bei Nichtregelung des Gegenstandes im Statut, s.o.) wurde inhaltlich voll übernommen.<sup>44</sup>

Erst 1989 nahm die Kommission, ermutigt durch die im Zuge der Einheitlichen Europäischen Akte<sup>45</sup> vorangetriebene Initiative zur Vollendung des Binnenmarkts, die Arbeiten neu auf. Für ihren Entwurf von 1989<sup>46</sup> (im Folgenden: SE-VOV 1989) wählte sie eine neue Strategie: Erstmals wurde der Umfang der SE-VOV deutlich verkleinert (nur noch 137 Artikel), wobei auf Bereiche wie das Konzernrecht ganz verzichtet wurde. Die Mitbestimmung wurde auf eine

---

<sup>39</sup> Der Entwurf wurde nicht im Amtsblatt veröffentlicht, sondern lediglich als Beilage Nr. 4/75 zum Bulletin der EG (= BT-Drs. VII/3713 vom 02.06.1975 = BR-Drs. 372/75 vom 02.06.1975). Der Text ist abgedruckt bei *Lutter*, Europäisches Gesellschaftsrecht, 1979, S. 278 ff. Vgl. zum Entwurf aus der Literatur den Sammelband von *Lutter* (Hrsg.), Die Europäische Aktiengesellschaft, 1976, mit umfangreicher Bibliographie auf S. 439 ff.

<sup>40</sup> Vgl. Art. 137 des vom Europäischen Parlaments geänderten Entwurfs, ABl. C 93 vom 07.08.1974, S. 54, und Art. 74a SE-VOV 1975.

<sup>41</sup> *Lutter* (Hrsg.), Die Europäische Aktiengesellschaft, 1976, S. VI.

<sup>42</sup> *Grundmann*, Europäisches Gesellschaftsrecht, 2011, Rn. 1033.

<sup>43</sup> *Taschner/Bodenschatz*, in: Jannott/Frodermann, Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft, 2. Aufl., 2014, Rn. 1.40.

<sup>44</sup> Vgl. bei Unterschieden in der Formulierung Art. 7 SE-VOV 1970 und Art. I-7 Sanders-VOV. Art. 7 SE-VOV 1975 war mit dem von 1970 wortgleich. Zur Frage der Lückenfüllung bei Sanders-VOV und SE-VOV 1970 s. a. *Ficker*, in: FS Sanders 1972, 37.

<sup>45</sup> ABl. Nr. L 169 vom 29.06.1987, S. 1 ff.

<sup>46</sup> Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft, COM(89) 268 endg. – SYN 218 vom 25.08.1989, ABl. Nr. C 263 vom 16.10.1989, S. 41 ff., dazu vgl. die Stellungnahmen von Europäischem Parlament, ABl. Nr. C 48 vom 25.02.1991, S. 72 ff., sowie vom Wirtschafts- und Sozialausschuss, ABl. Nr. C 124 vom 21.05.1990, S. 34 ff.

Richtlinie ausgelagert, die drei Optionen anbot.<sup>47</sup> Der leicht abgeänderte Entwurf von 1991 verfolgte die Strategie weiter: Die SE-VO wurde weiter verschlankt<sup>48</sup> (noch 108 Artikel; im Folgenden: SE-VOV 1991), in der Richtlinie wurde eine vierte Option angeboten.<sup>49</sup> Damit war klar, dass das europäische Recht nicht mehr alle nötigen Regelungen enthalten konnte; stattdessen wurde (neben mehreren speziellen Verweisungsvorschriften) in einer Generalklausel erstmals auch in den „der Verordnung unterliegenden Bereichen“ für die verbleibenden, vom Statut nicht geregelten Fragen auf das Recht des Sitzstaates verwiesen.<sup>50</sup> Statt eines Vollstatuts war die SE-VO also zu einer „Mischung aus Aktiengesetz und Aktienkollisionsrecht“<sup>51</sup> geworden. Die darin liegende Abkehr vom Vollstatut ließ sich teilweise mit Verweis auf die zwischenzeitlich erfolgte Harmonisierung der Gesellschaftsrechte in Europa rechtfertigen;<sup>52</sup> dies galt jedoch nicht für alle Regelungsbereiche, namentlich das 1989 entfallene Konzernrecht, für das bis heute in Europa höchst unterschiedliche Auffassungen bestehen.<sup>53</sup> In den nicht harmonisierten Regelungsbereichen lässt sich der Verzicht auf ein Vollstatut kaum anders deuten als ein Zugeständnis an die

---

<sup>47</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung des SE-Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer, KOM(89) 268 – SYN 219 vom 25.08.1989, ABl. Nr. C 263 vom 16.10.1989, S. 69 ff., mit Stellungnahmen des Europäischen Parlaments ABl. Nr. C 48 vom 25.02.1991, S. 100 ff., und des Wirtschafts- und Sozialausschusses, ABl. Nr. C 124 vom 21.05.1990, S. 34 ff.

<sup>48</sup> Geänderter Vorschlag für eine Verordnung (EWG) des Rates über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft, KOM(91) 174 endg. – SYN 218, ABl. Nr. C 176 vom 08.07.1991, S. 1 ff.; vgl. dazu auch die Begründung laut der Unterrichtung der Bundesregierung, BT-Drs. 12/1004, S. 1 ff.

<sup>49</sup> Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Ergänzung des SE-Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer, KOM(91) 174 endg. – SYN 219, ABl. Nr. C 138 vom 29.05.1991, S. 8 ff.

<sup>50</sup> Vgl. Art. 7 SE-VOV 1989, Art. 7 SE-VOV 1991. Der größte Unterschied war, dass im Entwurf von 1989 noch „die allgemeinen Grundsätze, auf denen diese Verordnung beruht“, erwähnt waren, 1991 jedoch nicht mehr. Auch in Art. 9 SE-VO (der Nachfolgevorschrift) sind diese Grundsätze nicht mehr erwähnt; zu Überlegungen, sie dennoch im Rahmen der Lückenfüllung heranzuziehen, vgl. *Teichmann*, ZGR 2002, 383 (408 f.); *Teichmann*, German Law Journal 4 (2003), 309 (327); *Raiser*, in: FS Semler 1993, 277 (283, 297); *Wulfers*, GPR 2006, 106 (106); *Rescio*, Riv. d. Soc. 2003, 965 (979 (Fn. 32)).

<sup>51</sup> *Merkt*, BB 1992, 652 (654).

<sup>52</sup> *Taschner/Bodenschatz*, in: Jannott/Frodermann, Handbuch der Europäischen Aktiengesellschaft, 2. Aufl., 2014, Rn. 1.43, vgl. auch heute noch Erwägungsgrund 9 SE-VO.

<sup>53</sup> Vgl. zu den bis heute unterschiedlichen Auffassungen zum Konzernrecht nur *Lutter* (Hrsg.), Konzernrecht im Ausland, 1994; zu einem möglichen europäischen Konzernrecht *de lege ferenda* *Forum Europaeum Konzernrecht*, ZGR 1998, 672, sowie *Lutter*, Konzernrecht für Europa, 1999.

unterschiedlichen Auffassungen in den Mitgliedstaaten, um wenigstens den Minimalkonsens zu verabschieden, der politisch möglich ist.<sup>54</sup>

Der eingeschlagene Kurs der Kommission, von der Vollharmonisierung abzugehen,<sup>55</sup> wurde heftig kritisiert, weil die frühere Einheitlichkeit der europäischen Rechtsform vermisst wurde,<sup>56</sup> aber auch, weil die politisch einfachere Lösung juristisch diffizile Fragen aufwirft<sup>57</sup> – im Bereich der Generalverweisung (jetzt Art. 9 SE-VO<sup>58</sup>), aber auch in den einzelnen Vorschriften der SE-VO.<sup>59</sup>

Dennoch zahlte sich die Strategie der Kommission letztlich aus. Auch wenn die Entwürfe von 1989 und 1991 ebenfalls scheiterten, war es 2001 ein Entwurf, der den eingeschlagenen Weg weiterverfolgte (die Anzahl der Artikel war auf 70 zusammengestrichen worden), der schließlich verabschiedet werden konnte, auch wenn es zuvor in der langen Entstehungsgeschichte der SE wohl nie an gutem Willen gefehlt hatte. Auf diese Weise konnten jedoch streitige (und bis heute nicht gelöste) Fragen wie das Konzernrecht ausgeklammert werden, die sonst eine Einigung verhindert hätten. Zuvor war (nach einer Annäherung

---

<sup>54</sup> In diese Richtung auch *Bungert/Beier*, EWS 2002, 1 (2); *Hopt*, Euredia 2000, 465 (469); *Koke*, Finanzverfassung der SE, 2005, S. 3; *J. Wagner*, NZG 2002, 985 (990 f.).

<sup>55</sup> Zur Einordnung dieses Strategiewechsels in das europäische Gesellschaftsrecht allgemein vgl. *Schürnbrand*, in: Gsell/Herresthal (2009), 273; zu weiteren Parallelen (etwa im Verbraucherschutzrecht) siehe *Gsell/Herresthal*, in: Gsell/Herresthal (2009), 1.

<sup>56</sup> Ablehnend daher *Rasner*, ZGR 1992, 314 (325 f.); *G. Jaeger*, NZG 2000, 918 (217); eher die Nachteile hervorhebend auch *Hommelhoff*, AG 2001, 279 (285); *Hirte*, NZG 2002, 1 (2).

<sup>57</sup> Dies wird vor allem wegen des Verlustes an Rechtssicherheit kritisiert, vgl. *Lutter*, AG 1990, 413 (421); *Trojan-Limmer*, RIW 1991, 1010 (1012); *Bungert/Beier*, EWS 2002, 1 (2); *Hommelhoff/Teichmann*, SZW/RSDA 2002, 1 (4); *Heckschen*, DNotZ 2003, 251 (252 ff., 269).

<sup>58</sup> Art. 9 SE-VO wird auch als „Eldorado der Methodenlehre“ bezeichnet (*Casper*, in: FS Ulmer 2003, 51 (72)); ähnlich bereits („lawyer’s paradise“) zur ähnlich formulierten Vorgängerregelung Art. 7 SE-VOV 1970 (die allerdings nicht auf das Recht der Mitgliedstaaten verweist) *Sanders*, in: Schmitthoff (1973), 83 (89). Er errichtet eine „kunstvoll aufgeschichtete Rechtsquellenpyramide“ aus Unions-, mitgliedstaatlichem und Satzungsrecht (*Hommelhoff*, AG 2001, 279 (285)). Unter anderem ist streitig, wie dieser sich zu Regeln des Internationalen Privatrechts verhält, ob er einen Regelungsbereich hat, wie dieser zu bestimmen ist, wo er genau endet, insbesondere, ob das Konzernrecht darunterfällt, ob die darin enthaltenen Verweisungen Gesamt- oder Sachnormverweisungen sind, ob auch auf europäische Rechtsgrundsätze verwiesen wird und ob die in Bezug genommenen Normen SE-spezifisch ausulegen sind. Außerdem sind der genaue Aufbau der „Normenpyramide“ und (damit verbunden) die Frage der Satzungsstrenge unklar. Zu einzelnen Fragen siehe unten 1. Kap., D I, S. 80 ff.

<sup>59</sup> Einem Problem, das sich aus dem Zusammentreffen von geringer europäischer Regelungsdichte und der (im nächsten Abschnitt anzusprechenden) Vielsprachigkeit Europas ergibt, widmet sich diese Untersuchung.

# Sachregister

- Aktie 305 ff.
- golden shares *siehe* EuGH, Golden-shares-Rechtsprechung
  - Übertragung 311 ff., 318 ff., 325 ff., 333 f., 336 ff., 340, 352 ff., 356
  - Verbriefung 309 f., 318, 325 ff., 333 ff., 340, 349, 356
- Aktionärsrechterichtlinie (RL 2007/36) 350
- Amtssprache 13 ff., 18, 30, 40 f., 77
- Anerkennung von Gesellschaften *siehe auch* Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen (1968) 107 ff., 169, 178 ff., 188 f., 218, 227, 234, 250, 252, 280, 282
- Anwendungsbereich der SE-VO 81 ff., 283 ff., 197, 337 f.
- Arbeitssprache 12 f., 18, 30 f.
- Aufsichtsrecht 248, 264, 275 ff., 287
- Auslegung
- autonom 35 f., 86 ff., 93, 262, 305 f.
  - historisch 46, 63 f., 78 f., 168 ff., 184, 267, 293, 296, 335 ff., 338, 340, 354 f., 357
  - in der EU, des EuGH 34, 36, 57 ff., 70, 75, 85, 88, 92, 213
  - primärrechtskonforme 75, 273 f.
  - rechtsvergleichend *siehe auch* Rechtsvergleichung 59 ff., 67 ff., 95, 119 ff., 161 ff., 199, 224 ff., 254 ff., 307 ff., 332 ff.
  - systematisch 18, 31, 36, 53, 57, 59, 63 f., 66, 69, 75 ff., 82, 84 f., 90, 92, 95, 109, 164, 166, 171 ff., 184 f., 201, 258, 260 ff., 293, 299 f., 302, 340 ff., 354, 357, 360 ff.
  - teleologisch 50, 59, 63 f., 66, 75, 79, 82, 175, 183, 186, 191 f., 194 f., 197, 203, 276, 283 ff., 292, 300, 351 ff., 357, 369
- vs. Rechtsfortbildung 34, 67
  - Wortlaut 18 f., 34, 63 ff., 71, 74, 76, 78, 82, 104, 10, 174, 191, 194, 223, 267, 274, 280, 290, 296, 306 f., 333, 354
- Auslegungsmethoden
- in Europa 57 ff.
  - nach *von Savigny* 59, 64
- autonome Auslegung
- Definition 35 f.
  - von Kollisionsnormen 86 ff.
  - der SE-VO 93, 262, 305 f.
- Autonomisten 97 f.
- BCCI-Folgenrichtlinie (RL 1995/26/EG) 276 f., 287
- Begriff 21 ff.
- Brexit 17, 72 f.
- Centros *siehe* EuGH zur Niederlassungsfreiheit
- CILFIT *siehe* EuGH zu Sprachenfragen
- deliktsrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen 113, 115, 129, 135, 147, 150, 161, 166, 176, 195, 197, 202
- Dematerialisierung 315 f., 320 f., 330 ff., 334
- deutsche Rechtssprache 28 f., 37, 39, 169, 174, 205, 295
- deutsche Sitztheorie *siehe* Sitztheorien *domicile* 32, 241 f., 244 f., 254, 368 *domiciliation* 252 f., 255 ff., 258
- Dreizehnte Richtlinie (RL 2004/25/EG) (Übernehmerichtlinie) 281 f., 345

- Elfte Richtlinie (RL 1989/666/EWG) (Zweigniederlassungsrichtlinie) 245
- England und Wales *siehe auch* Brexit 29, 71 ff., 213
- Gründungstheorie 213, 242 ff.
- Erste Richtlinie (RL 2009/101/EG) (Publizitätsrichtlinie) 76, 141, 147 ff., 160, 167, 186 ff., 278, 347
- Esser*
- Vorverständnis 38, 49 ff., 360
- EUGEN (Europäische Genossenschaft) 184 f., 267, 296
- EUGGES (Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft) 184 f., 267
- EuGH
- Auslegungsmethoden 34, 36, 57 ff., 70, 75, 85, 88, 92, 213
  - Golden-shares-Rechtsprechung 318, 341 ff., 345, 351, 354
  - zur Niederlassungsfreiheit 90, 109, 206 f., 209, 211, 213 f., 216 ff., 222, 225 ff., 264 f., 274, 303, 344
  - zu Sprachenfragen 12, 58 f., 65 f., 99, 14 f.
- EuInsVO 90 ff., 279 f., 299, 301
- EU-Sprachenregelung 12 ff., 32
- Geschichte der Mehrsprachigkeit 13 f.
- EU-Übersetzungsdienst 15 f.
- EUV (Europäischer Verein) 184 ff., 191, 194, 267, 363
- EWG-Sprachenregelung 19
- EWIV 3, 46, 107, 118 ff., 151, 153, 180 ff., 201, 204, 235, 266 ff., 296, 299, 359 ff.
- Fiktionstheorie 111 ff., 127 f., 134, 144, 154 f., 162, 165 ff., 248
- Frankreich
- französische Sitztheorie *siehe auch domiciliation* 208, 245 ff., 255, 258
- Fünfte Richtlinie (Entwurf) (Strukturrichtlinie) 349 f.
- funktionale Methode *siehe* Rechtsvergleichung
- Funktionsbegriffe *siehe auch* Systembegriffe 84
- Gadamer* 49
- Gesellschaftsrechtliche Richtlinien *siehe* Erste Richtlinie, Zweite Richtlinie, Fünfte Richtlinie, Zehnte Richtlinie, Elfte Richtlinie, Dreizehnte Richtlinie, Vierzehnte Richtlinie
- Gewohnheitsrecht 27, 70, 225, 284, 359
- Golden-shares-Rechtsprechung 318, 341 ff., 345, 351, 354
- Gründungstheorien 208 ff., 226 ff., 233, 235, 251, 254, 259, 262, 269, 284 ff., 288 f., 370
- englische 213, 242 ff.
  - Geschichte 214
  - Singular oder Plural 209
- Haftung 76, 89 ff., 117, 121 ff., 125, 127, 129, 131 f., 140, 143, 145 ff., 150, 157, 160 f., 163 ff., 171, 185, 187 ff., 192, 199 ff., 229, 332
- Handlungsfähigkeit von juristischen Personen 112, 117, 127 ff., 132 ff., 135, 166 f., 169, 180, 186, 191, 193 f., 195, 197, 202, 259
- Hauptverwaltung 102 ff., 206 ff., 357 ff., 366, 368
- Hermeneutik *siehe auch* hermeneutischer Zirkel, Vorverständnis, *Esser* 35, 43, 49 f.
- hermeneutischer Zirkel 49
- Hin- und Herwandern des Blicks *siehe* hermeneutischer Zirkel
- historische Auslegung 46, 63 f., 78 f., 168 ff., 184, 267, 293, 296, 335 ff., 338, 340, 354 f., 357
- der SE-VO *siehe auch* SE-VOV 168 ff.
- IATE 31, 32, 54 f., 362, 364
- Insolvenzrecht 89 ff., 145, 256, 279 ff., 299, 301
- Inspire Art *siehe* EuGH zur Niederlassungsfreiheit
- IPR
- Methodik 79 ff.
  - Parallelen zur SE-VO 9, 81 ff., 193, 285
  - Systembegriffe 26, 66, 84, 97
  - Verweisung 80, 83 f., 98, 103

- Italien
- Sitz- oder Gründungstheorie 234 f., 237
  - Teilrechtsfähigkeit 138 f., 164
- juristische Person
- Theorienstreit 111 ff., 115, 120, 135, 143 f., 162
  - Ursprung des Terminus 111
- Kapitalanteil 307 ff., 315, 318, 321, 328, 332 f., 336, 339 f., 348 f., 351, 354, 356
- Kapitalrichtlinie *siehe* Zweite Richtlinie
- Kohärenz der Rechtssprache
- allgemein 43 f., 53 f.
  - in Europa 31 f., 53 f., 188, 205, 278, 304, 361 ff., 369 ff.
  - Stellungnahme 362 ff., 370 f.
- Kollisionsnormen *siehe auch* Verweisung
- des IPR 46, 80 ff., 86 ff., 97 ff., 108 f., 180, 210 ff., 218 f., 227, 234, 242, 250, 265, 280, 352
  - der SE-VO 9, 11, 80 ff., 86, 193, 258, 283, 285 ff., 292, 298, 353
- konkret-allgemeiner Begriff
- Abgrenzung zu universalen Rechtskonzepten 101 f.
- Kontrolltheorie 228, 239, 243 f., 248 f.
- Konzept *siehe auch* universales Rechtskonzept 21 ff.
- Konzernrecht 7 ff., 81, 84, 213
- Kornhaas-Urteil 92
- Larenz* 49 f., 101
- linguistischer Relativismus 43
- maltesische Sprachfassung 14, 73, 363
- Mehrstimmrechtsaktien *siehe auch* One share one vote 309, 317, 324, 329, 332, 336, 338 f., 346, 350
- Mindeststandard der Rechtspersönlichkeit *siehe auch* Rechtsfähigkeit 162 f., 168, 180, 191, 198 ff., 204 f., 360
- Mitgliedschaft 120 f., 305, 308 f., 311, 315, 321, 328, 332 f., 336, 339, 341, 343 ff., 348 f., 351, 354 ff.
- Nationalität von Gesellschaften *siehe auch* Kontrolltheorie 222, 240, 247 ff., 254, 271
- one share one vote *siehe auch* Mehrstimmrechtsaktien 308, 324, 345 f., 351
- polnische Sprachfassung 14, 19, 77, 177, 263, 267 f., 272 f., 304, 362
- primärrechtskonforme Auslegung *siehe* Auslegung
- pseudo-foreign corporations* 212
- Publizitätsrichtlinie *siehe* Erste Richtlinie
- Qualifikation 44 f., 84, 90 ff., 97, 100
- Rabel* 46, 97, 100
- Realitätstheorie 115, 154 f., 163, 166 f.
- Recht ohne Sprache 33
- Gewohnheitsrecht 27, 70, 225, 284, 359
  - Richterrecht 50 ff., 58, 70, 355
- Rechtsfähigkeit 107 ff., 116 ff., 122 ff., 132, 134, 137, 139 f., 145, 147, 154, 159 ff., 164 ff., 168 ff., 174, 176 ff., 185 ff., 197 ff., 202 ff., 218, 228 f., 234, 250, 262, 360
- der GbR 118 ff., 122 f., 124 ff., 132, 162, 166
  - Teilrechtsfähigkeit im deutschen Recht 119, 124 ff., 132, 137, 162, 166
  - Teilrechtsfähigkeit rechtsvergleichend/in Italien 138 f., 164
  - als Mindeststandard 162 f., 168, 180, 191, 198 ff., 204 f., 360
- Rechtsfortbildung *siehe auch* Auslegung 34, 67, 127, 355
- Rechtsordnung
- Definition 27
  - deutsche 22, 28 f., 38, 55, 71, 95, 295
  - europäische 27 f., 31, 35 f., 42, 56, 58, 62, 68, 211, 358, 364
  - nationale 27 f., 36, 51, 56, 58, 62, 67 ff., 71 f., 84 f., 94, 102, 110, 163 ff., 192 f., 195 f., 199, 211, 224,

- 255 ff., 276, 287, 289, 293 302, 304, 307, 332 ff., 364 ff., 369, 371
- Rechtspersönlichkeit
- Geschichte 111 ff.
  - Terminus 111
- Rechtssprache
- Abgrenzung zu „Sprache“ 26 f., 64 f.
  - deutsche 28 f., 37, 39, 169, 174, 205, 295
  - europäische 31 f., 40 f., 43, 47 f., 53 f., 188, 363
  - Zusammenhang mit Rechtsordnung 27
- Rechtsstellung *siehe* Rechtsfähigkeit als Mindeststandard
- rechtsvergleichende Auslegung *siehe auch* Auslegung
- Begründung 59 ff., 105
  - als Wortlautauslegung 64 ff.
- Rechtsvergleichung
- als Auslegungsmethode 59 ff., 67 ff., 95, 119 ff., 161 ff., 199, 224 ff., 254 ff., 307 ff., 332 ff.
  - funktionale vs. terminologische Methode 69 f., 254, 358
  - Parallelen zum IPR 44, 97 ff.
  - zur Aufdeckung des Vorverständnisses 61 f., 105 f., 254, 257
- residence* 32, 242 ff., 254 ff., 291, 368
- Richterrecht 50 ff., 58, 70, 355
- Richtlinien, gesellschaftsrechtliche *siehe* Erste Richtlinie, Zweite Richtlinie, Fünfte Richtlinie, Zehnte Richtlinie, Elfte Richtlinie, Dreizehnte Richtlinie, Vierzehnte Richtlinie
- Salomon vs. Salomon 143 f., 146
- Sanders* 6 f.
- Sanders-VOV 7 f., 168 f., 171, 174 f., 178 ff., 186, 194, 258 f., 336, 338, 340
- Sandrock'sche* Formel 230 f., 234, 255, 257, 300
- Sapir-Whorf-Hypothese *siehe* linguistischer Relativismus
- Satzungssitz *siehe* Vermutung zu Gunsten des Sitzungssitzes
- von Savigny siehe auch* Auslegungsmethoden, Rechtspersönlichkeit (Geschichte) 23, 98, 111 ff., 230
- SE
- Geschichte 6 ff.
  - Gründe für Errichtung einer SE 3 ff.
  - Statistiken 2 ff.
  - Überblick 1 ff.
  - Verweisungsstruktur 10 f., 20, 79 f. 102, 104 f., 358
- semiotisches Dreieck 26
- SE-RL (RL 2001/86) 1 f., 11, 133, 306
- SE-VOV *siehe auch* Sanders-VOV, SE (Geschichte)
- SE-VOV 1970 7 f., 10, 168, 175, 259, 336, 338 ff., 355
  - SE-VOV 1975 8, 78, 175, 259, 336 ff., 340, 356
  - SE-VOV 1989 4, 8, 9, 170, 175, 221, 259 f., 287 ff., 297, 337 ff.
  - SE-VOV 1991 9, 76, 83, 171, 175, 184 f., 283, 296, 338 ff., 351
- SEVIC *siehe* EuGH zur Niederlassungsfreiheit
- siège réel* 208, 246, 251 ff.
- siège social* 158, 239, 245 ff., 249, 251 ff.
- Sitzkopplung 215, 260, 267, 275 ff., 282 f., 286 ff.
- Sitztheorien
- deutsche 211, 224 ff.
  - Geschichte 211 ff.
  - Singular oder Plural 208 ff.
- Sitzverlegung
- Sitzverlegungsrichtlinie *siehe* Vierzehnte Richtlinie
- Sprachen *siehe* Rechtssprache, Vertragssprache, Amtssprache
- Sprachfassungen
- der SE-VO 19
  - maltesische 14, 73, 363
  - polnische 14, 19, 77, 177, 263, 267 f., 272 f., 304, 362
- Sprachverwirrung 41 ff., 46, 48, 51 ff., 61 f., 70, 74, 80, 84 f., 97, 102 ff., 155, 172, 174, 204 f., 223, 242, 302 f., 357 ff., 362, 364, 366 f.
- Strafrechtliche Verantwortlichkeit von juristischen Personen 113, 129 f.,

- 135, 147, 150 f., 158, 161, 167 f., 193, 195 ff.
- Strukturrichtlinie *siehe* Fünfte Richtlinie
- systematische Auslegung *siehe auch* primärrechtskonforme Auslegung
- Systembegriffe *siehe auch* Funktionsbegriffe 26, 66, 84, 97
- Teilrechtsfähigkeit *siehe* Rechtsfähigkeit
- teleologische Auslegung 50, 59, 63 f., 66, 75, 79, 82, 175, 183, 186, 191 f., 194 f., 197, 203, 276, 283 ff., 292, 300, 351 ff., 357, 369
- Terminus 21 ff.
- Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung von Gesellschaften und juristischen Personen (1968) *siehe auch* Anerkennung 107, 178 ff., 207, 258, 280 f.
- Übernehmerichtlinie *siehe* Dreizehnte Richtlinie
- Überseering *siehe* EuGH zur Niederlassungsfreiheit
- Übersetzung 14 ff., 18, 31, 36 ff., 54 f., 67, 263, 268, 294 f., 304, 362 ff.
- von Recht 18, 38 ff.
  - von einer Sprache in eine andere 38 ff.
  - von einer Rechtssprache in eine andere 38 ff., 55
  - vs. Original 14, 18, 31, 40, 53, 67, 263
- Übertragung von Aktien 311 ff., 318 ff., 325 ff., 333 f., 336 ff., 340, 352 ff., 356
- ultra vires*-Lehre 127, 144, 147 ff., 167, 194
- unbelastete Termini 45, 104, 302, 358
- universales Rechtskonzept 94 ff., 103, 173, 179, 181, 183, 264 f., 293, 305, 333, 339 f., 350, 354
- Abgrenzung zu konkret-allgemeinen Begriffen 101 f.
  - Definition 44
  - Ursprung 24, 44
  - Verwendung 44 f., 89, 94 ff., 103, 181, 183
- Verbriefung 309 f., 318, 325 ff., 333 ff., 340, 349, 356
- Vermutung zu Gunsten des Satzungsitzes 233, 235, 239, 246, 252, 255 ff., 280, 292 f., 301
- Verschmelzungsrichtlinie *siehe* Zehnte Richtlinie
- Vertragssprache 12 ff., 73
- Verwaltungssitz 25, 28, 209 f., 212, 215, 217, 225 ff., 229, 231 ff., 237 f., 247, 255 ff., 265, 275 f., 279, 281, 284, 287, 296, 298, 300, 359
- Verweisung *siehe auch* Kollisionsnormen
- Anwendung im IPR 80, 83 f., 98, 103
  - Anwendung in der SE-VO 6, 8, 20, 42, 68, 79 f., 83, 85 ff., 94 ff., 102 ff., 108, 172 f., 305 f., 332, 337 f., 352, 355 f., 358, 360
  - als Rechtstechnik 80, 83, 86, 92
- Vierzehnte Richtlinie (Entwurf) (Sitzverlegungsrichtlinie) 207, 281 f., 299
- Völkerrechtliche Verträge *siehe auch* unbelastete Termini 72, 85, 95, 176 ff., 271 f.
- Termini darin 45, 95
- Vorgesellschaft 76, 118, 121 f., 130 ff., 140, 149 f., 159 ff., 163, 165 f., 185, 187 ff., 219
- Vorverständnis 38 f., 48 ff., 57 f., 61 f., 66 f., 148, 224, 254, 257, 294, 361, 364 ff.
- Offenlegung des Vorverständnisses 38 f., 52 f., 55, 57 f., 61 f., 67, 254, 257, 294, 361, 365 ff.
  - Sprache als Vorverständnis 48 ff., 359
- Vorzugsaktien 308 f., 317, 324, 329 ff.
- Wittgenstein* 33, 42
- Wörterbuch 54 ff., 364 ff.
- Aufbau 54 f., 365 f.
  - IATE 31 f., 54 f., 362, 364
  - Möglichkeit 55, 366 ff.
  - vs. Wörterliste 54 f., 364
- Wortlaut
- als Grenze der Auslegung 34, 67

- Auslegung nach dem Wortlaut 18 f., 34, 63 ff., 71, 74, 76, 78, 82, 104, 10, 174, 191, 194, 223, 267, 274, 280, 290, 296, 306 f., 333, 354
- Rechtsvergleich als Teil der Wortlautauslegung 64 ff.

Zehnte Richtlinie (RL 2005/56/EG)  
(Verschmelzungsrichtlinie) 208

Zweigniederlassung 217, 244 f., 274 f.,  
282, 300

Zweigniederlassungsrichtlinie *siehe*  
Elfte Richtlinie

Zweite Richtlinie (RL 2012/30) (Kapitalrichtlinie) 150, 187 f., 221, 322,  
345 ff., 351, 356